

„HAUS GRAZ“: Schwarz-Grün richtet Durcheinander in der Stadt an!



Aus dem Rathaus samt allen Firmen der Stadt soll ein „Haus Graz“ werden – mit schlechteren Bedingungen für die Bediensteten, aber Spitzengagen für die Chefs. Zumindest, wenn es nach Schwarz-Grün geht.

Bis jetzt werden die kommunalen Aufgaben vom Magistrat mit seinen Ämtern und den städtischen Betrieben bestens erfüllt.

Nun sollen die gut funktionierenden Ämter zerlegt und in acht Gesellschaften zusammengefasst werden. Diese werden privatisiert und von neuen Gagenkaisern, für die das städtische Gehaltsschema nicht ausreicht, geleitet. Private Gesellschaften wechseln nicht nur rasch den Eigentümer, sondern müssen natürlich auch Gewinne machen. Dies erreicht man durch Leistungseinschränkungen und Gebührenerhöhungen für alle Grazerinnen und Grazer sowie durch massiven Personalabbau und möglichst schlechte Arbeitsbedingungen zumindest für alle Neueintretenden.

Stadträtin Elke Kahr: „In vielen Städten hat man bereits kapiert, dass eine Stadtverwaltung und ihre kommunalen Dienstleistungen wie Müllabfuhr, Kanalisation, Kindergärten, Schulen

etc eben nicht wie ein Konzern marktwirtschaftlich geführt werden können. Manche müssen Privatisierungen sogar um teures Steuergeld wieder rückgängig machen, weil Private aufgrund ihres Profitdenkens die Grundversorgung nicht mehr aufrecht erhalten können bzw. wollen.“

Nagl/Rücker reiten unbeirrt weiter auf der katastrophalen Privatisierungswelle. Weitere abschreckende Beispiele privatisierter Daseinsvorsorge wie Post, zerplatzte Pensionskassen oder Zweiklassenmedizin stören sie dabei auch nicht. Dass das „Haus Graz“ voll der ÖVP-Klientelpolitik entspricht, verwundert nicht. Warum hingegen die Grünen mit Bürgermeisterstellvertreterin Rücker bei diesem Trauerspiel gerne die zweite Hauptrolle spielen? Möge sich jede(r) selbst den passenden Reim darauf machen...



Kritik am neuen Privatisierungskonzept, das schönfärbisch „Haus Graz“ genannt wird übt KPÖ-Klubchefin Ina Bergmann.

Privat statt Stadt im schwarz-grünen „Haus“?

Das Haus Graz ist das Lieblingsprojekt der schwarz-grünen Stadtregierung, bei dem es einmal mehr um das Privatisieren öffentlicher Leistungen geht.

Das „Haus Graz“ steht für Managerbezüge ohne Obergrenzen, dafür soll bei den arbeitenden Menschen gespart werden, weiß KPÖ-Klubchefin Ina Bergmann. Lohndumping und Aufnahmestopps gehören zum gruseligen Programm ebenso wie massive Leistungseinsparungen. Das Ziel der Aktion: „Dienstleistungen wie Wasser, Abfall, Kanal oder Öffentlicher Verkehr werden letztendlich privatisiert“, so Bergmann.

Milliardenschulden – Grazer/innen zahlen

Scheinheilig wird behauptet, kommunale Dienstleistungen blieben „immer“ im Eigentum der Stadt. Aber bereits im nächsten Satz des Projektplans

Schwarz-grüner Postenschacher

Wie ernst es Schwarz-Grün mit Sparsamkeit und Transparenz ist, zeigt sich an zwei Beispielen:

Oberpersonalaufseher Zinkanell, der 700 städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (und deren Familien) einsparen soll, musste selbstverständlich kein Hearing ablegen. Zu den beiden Vorständen der GrazAG – freilich rot und schwarz – soll jetzt ein Dritter kommen. Natürlich ein Grüner...

Schmäh „Synergieeffekte“: Wenn Privatisierungswütige dieses Wort in den Mund nehmen, schrillen die Alarmglocken, heißt es doch im Regelfall nichts anderes als Personalabbau. Im übrigen lassen sich tatsächlich vorhandene Synergieeffekte auch ohne Privatisierung umsetzen.

geben Nagl/Rücker zu, „... dass ein Verkauf dieser Dienstleistungen in Zukunft nur mehr mit 2/3-Mehrheit des Gemeinderates möglich sein soll.“ Zur Erinnerung: In der Vergangenheit haben ÖVP, SPÖ und FPÖ mit ihrer 2/3-Mehrheit dafür gesorgt, dass Graz heute auf mehr als einer Milliarde Euro Schulden sitzt.

Nagl/Rücker wollen jetzt dafür sowohl die Grazerinnen und Grazer als auch die städtischen Bediensteten mitsamt ihren Familien bezahlen lassen. Man schreckt nicht einmal davor zurück, das „Privatisierungshaus Graz“ als „Schutzschirm“(!) für die kommunalen Dienstleistungen zu bezeichnen.

UNGUSTIÖS

Die Beratungsfirma Infora bekommt für die Ausarbeitung dieses Grazer Gruselplans 120.000 Euro.